

Nr. 107

Anfrage

der Fraktion der SPD.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Verfassungberatenden Landesversammlung stellt folgende Anfrage an die Staatsregierung:

Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um dem Ueberhandnehmen des Berechtigungswesens entgegenzutreten.

Begründung: Es sind uns in letzter Zeit verschiedentlich Mitteilungen zugegangen, wonach festgestellt werden muß, daß das Berechtigungswesen nicht abgebaut, sondern im Gegenteil, verstärkt wird.

Dies trifft insbesondere auf den gehobenen Bibliothekdienst, wie auch auf die Forstverwaltung zu. In diesen Ausbildungszweigen besteht die Tendenz, in Zukunft nur noch Abiturienten zuzulassen. Die Fraktion ist jedoch als Vertreterin der minderbemittelten Schichten daran interessiert, auch jungen Menschen aus dem Arbeiterstande bei Eignung diese Laufbahn offen zu halten.

gez.: W. Apel, Freidhof, W. Knothe,
Gg. Buch, H. Nitsche.

Nr. 108

Anfrage

der Fraktion der CDU.

Betr.: Staatszugehörigkeit der Neubürger.

Bei der Ausstellung der Kennkarte haben sich Zweifel hinsichtlich der Staatsangehörigkeit der Neubürger gezeigt. Zum Teil wurde sogar die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit eingetragen.

Eine eindeutige und schnelle Klärung dieser Frage ist dringend erforderlich.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um so schnell wie irgend möglich die Staatsangehörigkeit der Neubürger zu regeln und damit die wichtigste Voraussetzung für die Gleichstellung der Neubürger mit den Altbürgern zu schaffen?

gez.: Unterschriften.

Nr. 109

Antrag

der Fraktion der CDU.

Die Christlich-Demokratische Union beantragt:

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

Das Staatsministerium möge dafür sorgen, daß die folgenden Vorschläge verwirklicht werden:

1. Die Spruchkammern fällen bis zum Erlaß der zu erwartenden Bestimmungen über die Anpassung des Befreiungsgesetzes an das Kontrollratsgesetz Nr. 38 keine Entscheidungen. Ausnahmen kann der Minister für die politische Befreiung zulassen. Die Ermittlungen werden von den Spruchkammern fortgesetzt.
2. Inzwischen werden die Spruchkammern aber so umgebildet, daß sie ihren Aufgaben, besser als seither, gerecht werden können. U. a. werden dabei die Sollvorschriften über die Bestellung Rechtskundiger zu Spruchkammervorsitzenden und die Heranziehung von Angehörigen der gleichen beruflichen Schicht zu Beisitzern soweit wie möglich befolgt.
3. Die Bearbeitung der Fälle von geringerer Bedeutung wird bis auf weiteres zurückgestellt, d. h. vor allem: die Fälle der Mitläufer und aller derjenigen Betroffenen, die nicht unter Nr. 5a bis d dieser Vorschläge fallen.
Diese Personen unterliegen vorerst keinem Beschäftigungsverbot mehr. Ein Rechtsanspruch auf Wiederbeschäftigung steht ihnen jedoch vor der endgültigen Bereinigung noch nicht zu.
4. Die Vorschrift der vorstehenden Nr. 3 Satz 2, gilt nicht, wenn der Betroffene eine besonders wichtige Stelle im öffentlichen Leben einnehmen will (Mitglieder der Regierung, höhere Ministerialbeamte, Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister, Landräte, sonstige Behördenleiter, Richter, Staatsanwälte, Leiter von größeren Betrieben der Wirtschaft, Schriftleiter). Diese Fälle sind bevorzugt zu bearbeiten, wenn der Befreiungsminister oder der Betroffene es beantragt. Untergeordnete Funktionen in der NSV stehen der Anwendung der Nr. 3 nicht entgegen.
5. Unbeschadet des Vorschlags in Nr. 4 Satz 2 sind die Fälle in folgender Reihenfolge zu bearbeiten:
 - a) zuerst die hinreichend verdächtigen Hauptschuldigen nach Art. 5,
 - b) dann die im Teil I der Anlage A zum Gesetz aufgezählten Personen,
 - c) dann die hinreichend verdächtigen Aktivisten, Militaristen und Nutznießer nach Art. 7 bis 9,
 - d) dann die in Teil II der Anlage A zum Gesetz aufgezählten Personen, von den Mitgliedern der NSDAP, der Gliederungen, der angeschlossenen Verbände, der betretenen oder anderen Naziorganisationen, aber nur diejenigen, die im Range eines Ortsgruppenleiters oder höher standen; bei Personen mit geringerem Rang wird das Verfahren jedoch durchgeführt, wenn sie unter a oder c fallen oder der Allgemeinen SS angehörten.

gez.: Unterschriften.

Nr. 110

Anfrage

der Fraktion der CDU.

Der Herr Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung wird ersucht, über folgende Fragen Auskunft zu erteilen: